

Antrag

der Abgeordneten **Ing. Huber, Waldhäusl, Königsberger, Tauchner, Hafenecker und Sulzberger**

betreffend: **Keine Studiengebühren - stattdessen Beibehaltung der Familienbeihilfe**

Eine Erhöhung bzw. Einführung von Massensteuern beim Sparpaket der Bundesregierung, wie die Mineralölsteuer, bei gleichzeitigen massiven Kürzungen der Familienbeihilfe und dem Mehrkinderzuschlag trifft einmal mehr das Rückgrat unserer Gesellschaft - die Familien. Unsere Kinder sind es, die in Zukunft für die Sicherung der Pensionen und des Wohlstandes verantwortlich sind. Es ist daher vollkommen widersinnig sie bereits vor, bzw. in der Ausbildung zur Kasse zu bitten.

Die Einsparungen bei der Familienbeihilfe werden katastrophale Folgen, insbesondere für den akademischen Nachwuchs in Österreich haben. Durch die Herabsetzung des Bezugsalters für die Familienbeihilfe auf 24 Jahre werden sich viele junge Menschen ihr Studium nicht mehr leisten können, bzw. sich erst gar nicht für den akademischen Weg entscheiden. Denn ein einziges Jahr ohne Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag bedeutet für die Studenten gegenüber der heutigen Situation ein Minus von rund 2.700 Euro.

Es ist bereits heute so, dass sich kaum ein Student seinem Studium widmen kann, ohne nebenher zu arbeiten. Läuft dann auch noch in der Endphase seines Masterstudiums die Familienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag aus, gerät er ausgerechnet in einem richtungsweisenden Lebensabschnitt in finanzielle Schwierigkeiten, worunter logischerweise die Qualität des Abschlusses leiden wird. Besonders hart trifft es HTL-Absolventen, die etliche Studiengänge schlicht nicht bis zum vollendeten 24. Lebensjahr abschließen können. Für Studenten in Wien kommt hinzu, dass die Vergabe des verbilligten Semestertickets an den Bezug der Familienbeihilfe gekoppelt ist, was eine weitere nicht unerhebliche Belastung darstellt.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der Niederösterreichische Landtag lehnt das Sparpaket der Bundesregierung als sozial unausgewogen und familienfeindlich entschieden ab und fordert von der Bundesregierung mit allem Nachdruck, den Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialstandort Österreich durch ein einseitiges Sparpaket nicht zu gefährden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, damit das im Budget 2011 vorgesehene Sparpaket bezüglich Familienbeihilfe zurückgenommen und keine Studiengebühr eingeführt wird. Dieser Bereich ist neu zu verhandeln, um die Mehrbelastung von Familien zu verhindern.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Schulausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 9.12.2010 möglich ist.